

Pressemitteilung

23. November 2022

„Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen“

SoVD fordert: Politik muss Koordinierungsstellen schnell auf den Weg bringen

Hannover. Werden Mädchen und Frauen Opfer von Gewalt, benötigen sie schnell Unterstützung und Hilfe. Mit der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland verpflichtet, dies mit ausreichend Frauenhäusern und Beratungsstellen umzusetzen. Trotzdem wurde kürzlich die Koordinierungsstelle der niedersächsischen Frauen- und Beratungsstellen gegen Gewalt geschlossen. Anlässlich des „Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November fordert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen, die Förderung dieser Einrichtung wieder aufzunehmen und auszubauen.

Die Untersuchung einer Expert*innen-Gruppe des Europarats zeigt: In Deutschland werden Mädchen und Frauen nur unzureichend vor Gewalt geschützt. Frauenhäuser und Beratungsstellen seien nur ungleich verteilt. Angesichts dieser Ergebnisse kritisiert der SoVD vor allem das finanzielle Aus der Koordinierungsstelle. „Wir brauchen nicht weniger Unterstützung für die Betroffenen, sondern ein geplantes Vorgehen, um Gewalt zu verhindern“, fordert Roswitha Reiß, Landesfrauensprecherin des SoVD in Niedersachsen. Neben der landesweiten Koordinierungsstelle gehöre hierzu auch die Einrichtung kommunaler Koordinierungsstellen. Entsprechende Stellen gebe es lediglich in drei niedersächsischen Landkreisen. Insbesondere auf kommunaler Ebene könnten die Koordinierungsstellen jedoch wichtige Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung übernehmen.

Aus Sicht des größten Sozialverbands muss die neue Landesregierung das Thema jetzt schnell angehen. „Die entsprechenden Verpflichtungen durch die Istanbul-Konvention gelten in Deutschland schließlich schon seit 2018. Das bisher so wenig passiert ist, ist ein Trauerspiel“, so Reiß weiter. Deshalb müssten wieder Koordinierungsstellen eingerichtet werden, die als Anlaufstelle für Betroffene, Fachkräfte und Politik zur Verfügung stehen. „Es braucht endlich einen konzertierten Plan, der auch eine langfristige Finanzierung und die Barrierefreiheit von Einrichtungen beinhaltet“, fordert die Landesfrauensprecherin.